

Saale-Beitung.

Stechendbierziger Jahrgang.

werden die 6 gepaltene Rollen...

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubergstr. 17...

Bezugspreis... Die Halle vierteljährlich bei postmässiger...

Nr. 506.

Halle, Dienstag, den 28. Oktober

1913.

Ostmärkischer Großgrundbesitz.

Geschichten aus der Ostmark.

Mit Händen und Füßen sträuben sich unsere Agrarier...

„Aus Steuerfragen“ behauptete einst Dr. Delbrück, der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“...

Haben die nicht recht, die also freudlos und sich dagegen wehren...

War da z. B. mal ein Majoratsherr irgendwo in Westpreußen. Dem Manne ging es offensichtlich recht schlecht...

aber geschworen haben: So lange ich lebe, pumpe ich dem Krefse nicht einen Groschen mehr!

Und die Moral von der Geschicht: Aus den Mittags- oder Abendessen lassen sich noch keine Groschen Schlüsse auf die Einkommensverhältnisse von Steuerzahlern ziehen...

Solche Landwirtschafsbekanntnisse sind den wirklichen Landwirten ein Grauel, und tüchtige Administratoren bekommen sie sehr selten.

aber er kennt seine Rappenheimer, und als man über die Gehaltsfrage einig ist, da meint er so nebenbei: „Apropos, noch eins. Ich misse mich nicht in Ihre Angelegenheiten, aber ich erwarte von Ihnen dasselbe mit gegenüber!“

X. J. soll sehr verblüfft über die Auslegung gewesen sein, hat aber den Vertrag unterschrieben, und das Gut hat an Ertrag bereits zugenommen...

X. J. erzählte die Geschichte entzückt seinen Freunden, und die fanden es auch stark, daß sich ein Administrator erdreiste...

Um aber nicht so falsch beurteilt zu werden, hat ein anderer Großgrundbesitzer in der Provinz Posen — der Herr kann sich's leisten — ein originelles Verfahren eingeschlagen.

Katzenlich verlangt sich sein Gut recht schlecht; denn Herr Dr. Delbrück seine Statistik aufmachte, wird dieser Gutsbesitzer wohl auch zu den Steuerdrückern gezählt.

Ja, ja! Es gibt noch viele Großgrundbesitzer, bei denen auch ein unabhängiger Vorsitzender der Steuerereinschätzungskommission keine höheren Steuern herauskommen wird...

Feuilleton.

Eulenberg's Einzug im halle'schen Stadttheater

Zur Erkaufführung der „Ersten Schwanen“

Zuerst über Heribert Eulenberg's Verhältnis zu Halle. Verhältnis? Ach, die Beziehungen zwischen der Saalestadt und dem temperamentvollen Düsseldorf Dichter...

und vieler Begünstigung hinderlich im Wege. Der gute Wille schuf seine Tat.

Inzwischen kam ein Sommer, der die trägen Geister im Stadttheater aus dem Lenzel jagte, und neben anderem Schönen wurde ein Eulenberg angekündigt.

„Die Welt mit betrogen werden“, ein Schwank in Reimen, mocht sich lustig über die Art, wie man heutigen Tages in Kunstbühnen lügt und fälscht.

Das ist der Ausklang. Ein Schwank, zu dem das Leid Räte gelangen hat. Dafür war der Schalk Gewanter der „Paul und Paula“.

sind im Vergleich zu Eulenberg's großen Tragödien. Da sie einen Theaterabend noch nicht füllten, hängte man ihnen früher einen Schwank in Sans Sads-Manier „Die Wundertur“ an.

Der erste aber behielt recht. Es geschah bei der ersten Aufführung in Halle wie in Leipzig. Man überließ den Reizpunkt, achtete mehr auf die Größe der Werke und die Ueberlegenheit des Humors...

Das noch wenigstens das eine erreicht, daß Eulenberg jetzt endlich im Stadttheater gespielt wurde.

Die Aufführung in Halle war nicht gleichmäßig. In dem ersten Schwank hätte mehr mit Grazie gearbeitet werden sollen.

Wamentlich daß „Paul und Paula“ so beifällig aufgenommen wurde, das möge die Direktion bei der Beschaffung neuer Richtlinien zu denken geben.

Martin Feuchtwanger.

brüder zu schaffen. Ausland hat in 4 bis 5 Jahren 10 Millionen Sektar Kronland zu Kautschuk umgewandelt, bei uns hat man in 25jähriger Arbeit in der Ostmark unter Aufwendung fast einer Milliarde nur 355 000 Sektar zur Befriedigung erworben. Herr v. Chapowski meint, man ziehe falsche Vergleiche, wenn man die Ertragsfälle und Leistungen der Bauerengemeinden mit denen der Güter in der Ostmark zusammenstelle, auf denen sie entstanden sind, da es sich hierbei um vorher sofort bewirtschaftete Komplexe handelte. Solcher sofort bewirtschafteten Ländereien aber gibt es leider noch recht viele im deutschen Osten. Die Herren leisten nichts, machen aber um je höhere Ansprüche, je weniger sie leisten. D.

Brandenburg.

Der Bundesrat hat gesprochen und Deutschland hat einen neuen Bundespräsidenten. Der Reichstag ist mit der Thronfolgefrage in Brandenburg nicht befasst und man hat es nicht einmal für nötig gehalten, ihn zu benachrichtigen. Inzwischen hat er in solchen Fragen nach der Reichsverfassung gar nichts zu sagen. Die Reichsregierung, dem anderen Faktor der Reichsregierung nicht einmal die geringste Wichtigkeit schuldig zu sein.

Der Reichstag war allerdings nicht vernachlässigt, und ihn besonders zur Entgegennahme der Mitteilungen des Bundesrats einzuberufen, wie der brandenburgische Landtag von der dortigen Landesregierung einberufen wurde, war vielleicht zu beispielhaft für einen bloßen Höflichkeitssatz. Aber man hätte — wenn man nur wollte — mit der entgeltlichen Regelung ja, nachdem seit fast drei Jahrzehnten Brandenburg auf einen Herzog gewartet hat, auch einige Wochen länger bis zum Zusammentritt des Reichstages warten können.

Wenn auch die Verfassung des Reiches insofern eine Hilfe enthält, als sie dem deutschen Volk vermehrt, ein entscheidendes Wort in dieser Frage mitzubringen. Interesse hat das deutsche Volk doch unerschütterlich an der Neuordnung dieser Dinge, da der neue Herzog bei der Beilegung des brandenburgischen Besondereigentums im Bundesrat zweifelsfrei seinen Einfluss geltend machen wird. Deshalb ist es durchaus notwendig, daß die Beschlüsse des Reichstages in solchen Fragen denen des Bundesrates gleichgestellt werden. Es ist wirklich nicht einsehbar, weshalb der Reichstag in Fragen, die nach der eigenen Ansicht des Bundesrates nicht in einer staatlichen Angelegenheit des Bundesstaates Brandenburg allein, sondern auch Reichsinteressen betreffen, eine Statutenrolle spielen muß.

Im brandenburgischen Landtag führte Staatsminister Hartwig, nachdem er von den Bundesratsbeschlüssen Mitteilung gemacht, aus:

„Die Erwartung dieses hochbedeutenden Beschlusses hat die Einberufung dieses außerordentlichen Landtages veranlaßt. Er gilt von hoher Freude und Hochgefühl. Lassen wir uns nach Möglichkeit vom Reichstagesbeschlusse unmittelbar vor der Thronbesteigung Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzogs zu Brandenburg und Venediger. Es muß dem leitenden Minister vorbestehen bleiben, in der nächsten Sitzung die einschlägigen Vorgänge, soweit solches zurzeit möglich ist, darzulegen und zu würdigen. Schon heute ist aber hervorzuheben, daß die Landesregierung in formeller und sachlicher Übereinstimmung mit dem Standpunkte Seiner Königlichen Hoheit es für angezeigt erachtet, die Regelung der landesfürstlichen Rente in Höhe der jetzigen Bezüge des erlauchten Regenten durch die dem Ausführe der Landesverwaltung bereits zugegangene Vorlage noch vor dem Regierungsantritt Seiner Königlichen Hoheit herbeizuführen.“

Brandenburg, 28. Okt. Heute nachmittag faßten Staatsminister Hartwig und Minister Wolff auf Anordnung des Herzogs-Regenten nach Rathenow zwecks offizieller Mitteilung des Bundesratsbeschlusses an den künftigen Herzog.

Ausstellung im Kunstverein.

Otto Fischer - Bamberg.

Der Hallische Kunstverein eröffnete am Sonntag eine Ausstellung von Gemälden und graphischen Arbeiten von Otto Fischer - Bamberg, die der Künstler zu unserer Stadt hat, gewiß auf reges Interesse rechnen darf. Otto Fischer-Bamberg ist Lektor an der hiesigen Universität und ist auch sonst als Lehrer hier tätig; man dürfte also mit einigem Rechte darauf gespannt sein, einmal Aufschlüsse über ihn als Künstler zu erfahren. Dazu gibt die außerordentlich umfangreiche Ausstellung eine gute Gelegenheit. Wir lernen in Fischer einen Eklektiker von durchaus vornehmer Haltung und verbindlicher Gesinnung, der ohne Eigenwillen ist und nichts verzieht. Man weiß: Zuweilen ist die Natur wunderbar sanft und gut. Sie kann auch, als sei sie ganz ohne Geheimnis, nur in ihren Fernen letzte schmelzende Abnungen aufklingen lassend, ruhig und ohne Schmerz erinzend und mit ihrer Lust zum Troste uns völlig zu Behagen machen. Dann kann sie einfach sein und ihre Regelmäßigkeit hat sie zu allerfeinsten Wesen empfängt, sie gleitet leicht in unser Gemüht und läßt den hellen Spiegel unserer Seelentätigkeit über Gebärde und ohne ihr zu trüben langsam antizipieren. In solchen Zuständen sieht Fischer die Natur vor allem. Er malt das beruhigste Ausgebreitete sein blauer Meere; er malt die sanften Hänge von Dünen, gelblich, mit dem Himmel und letztem Reste von Wald, über die der Wind weht und die Schönheit sommerlicher Luft gleitet; Wälderzüge, hinausgerückt zum fernen Horizont und sich im Wasser spiegeln, wo sie sich zitternd erkennen; Himmel in Helle und Himmel mit Wolken; einfach Wolken. Wer kennt die Schönheit der Wolken aus? Sie lassen sich unendlich vergleichen. Sie sind Frauen oder Tiere, Berge oder Tiere aus Bergen, Stoffe, die über den Himmel fahren, welche, heimkehrende Engel. Wer sie sind noch schöner, wenn sie diesen Welt von Sorge, ähneln zu sein, aufsehen haben, wenn sie zu wankeln in ewiger Umgestaltung, abstoßern und aufbegehren, sich genügen lassen an ihrem Sein und mit dem fernen Winde zu treiben. So malt sie Fischer. Sie sind fast ein Nichts, nur eben in unserer Augen gespigelt. Das sieht Fischer, und das gibt seinen Kunst etwas Weiches, Frauenhaftes, und vielleicht sind es die Frauen, die am liebsten von ihr reden könnten. Und vielleicht kommen diese Bilder so an das Gemüht von Frauen heran, daß sie von ihnen reden müssen. Man muß sich auch die Bilder nicht so in Reihen denken, sondern herausgenommen und eingefügt in

Braunschweig, 28. Okt. Die amtlichen Braunschweigischen Anzeigen berichten, findet der Einzug des Herzogs paares in Braunschweig am 3. November statt.

München, 28. Okt. Die Korrespondenz Hofmann meldet: Im Staatsministerium des Reichs und des Neuherrn Land gehen unter Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Herzilg eine Sitzung des Regentkammerates statt.

Die Krankenkassenverbände zur Kriegserklärung der Ärzte.

Berlin, 27. Oktober.

Gegenüber den Beschlüssen des außerordentlichen Verbandes haben die Vereinigten Krankenkassenverbände eine Gegenerklärung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

1. Auf dem getriggen Verträge haben die Arztorganisationen beschlossen, keine Verträge mit den Krankenkassen einzugehen. Sie wollen die erkrankten Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln, und es empfindet der Vorsitzende des Reichsverbandes, dass dies nur gegen Vorauszahlung zu tun. Dieses Vorgehen bedeutet den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Generalstreik diesen gegenüber. Es wird jetzt das ausgeführt, was bereits am 18. Februar 1912 die Arztorganisationen offiziell beschlossen haben: „Zur erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des Stuttgarter Vertrages sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden. Es ist vielmehr ein gleichzeitiges, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller tätigenärztlichen Ortsorganisationen unerlässlich.“

2. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß den Ärzten der Kampf von den Krankenkassen aufgegeben worden ist. Die Krankenkassen haben keine Forderungen an die Ärzte gestellt, wohl aber die Arztorganisationen sehr viele und ganz unangenehme an die Krankenkassen. Die Kassen befinden sich lediglich in der Abwehr. Einigungsverhandlungen sind geistert, weil die Arztorganisationen allgemein die Durchführung der freien Arztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassenarzntum nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Überbrückungszeit bestehen lassen wollen. Der Arzt selbst sollte nach den Beschlüssen der Ärzte nur durch die Organisationen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Abführung der Honorare sollte nach der Höhe der Einnahmen der Versicherten erfolgen; alle Arztverträge sollten zum gleichen Zeitpunkte ablaufen. Diese Forderungen der Arztorganisationen wurden als Mindestforderungen bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluss auf die Kassenverwaltung genommen werden. Die Kassen würden schließlich nur noch Beiträge aufzubringen haben, um die durch die Ärzte verursachten Ausgaben zu zahlen. Für eine Befreiung der Krankenkassen, die die Kassen der Arztorganisationen so ausstieft, kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen.

3. Wenn behauptet wird, daß die Krankenkassen mit den Arztorganisationen nicht verhandelt, diese vielmehr zertrümmern wollten, und den sogenannten Herrenstandpunkt einnehmen, so entspricht nur das Gegenteil der Wahrheit. Die Kassen haben bei den Einigungsverhandlungen Vorschläge gemacht, die unannehmlich ergeben, daß sie im Interesse des Friedens in weitestgehender Weise Beschränkungen in ihren gelegentlich gewährtesten Rechten zugunsten der Arztorganisationen vornehmen wollten. Bezeichnend ist, daß diese Vorschläge der Kassen nicht nur glattweg abgelehnt, sondern fast gänzlich abgelehnt werden.

4. Die Vertreter der Krankenkassen sind in Anerkennung der hohen Bedeutung des Arztberufes den Ärzten soweit entgegengekommen, als es die ihnen auferlegte Verantwortung und die Wahrung der ihnen anvertrauten hochwichtigen Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung zuließe. Die Krankenkassen sprechen deshalb die Er-

wartung aus, daß sich die Behörden und der Gesetzgeber durch die Arztorganisationen nicht einschüchtern lassen und angemessene Forderungen der Arztorganisationen ablehnen werden. Es handelt sich um die Entscheidung, ob die Interessen eines einzelnen Berufsstandes über das Wohl von Millionen von Versicherten gestellt werden sollen.“

Berlin, 27. Oktober 1913.

Sauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden. Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen. Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Rhm. Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin. Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.

Deutsches Reich.

th. Die Einberufung des preussischen Landtages ist wie wir hören, am 3. Januar 1914 geplant. In diesem Tage wird auch der Etat vorgelegt werden. Für die Beratung stehen im nächsten Jahre elf Wochen zur Verfügung. Es ist aber zweifelhaft, ob diese Zeit ausreichen wird, in beiden Kammern den Etat bis zum 31. März zu verabschieden, da nach Vernehmen das Redebüro nicht groß ist. Von größeren Vorlagen werden dem Landtage das nach dem Wasserjahre ungarbeitete Fiskalgesetz und das Parzellierungsgegesetz zunächst zugehen. In Vorbereitung sind ferner ein Arbeitvertragsgesetz, eine Vorlage über die anderweitige Organisation der Generalkommissionen, ein Eisenbahnarbeitsgesetz, einige Eingemündetennotlagen und kleinere Gesetze. Ob das Wohnungsgesetz schon in der ersten Session zur Beratung gestellt werden soll, wird demnächst vom Staatsministerium entschieden werden. Bislang gibt die Ansicht der Regierung dahin, das Gesetz vorzulegen, man beschränkt jedoch eine zu starke Befreiung der Arbeiter, auch sind einige Punkte noch der Abänderung bedürftig.

Der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes wird in nächster Zeit dem Reichstage vorgelegt werden. Dem Haager Abkommen über die Einführung eines einheitlichen Wahlrechts hat der Reichstag bereits im Sommer zugestimmt, dieses Abkommen wird von Deutschland ratifiziert werden, mit der Verpflichtung, binnen sechs Monaten die neue Wahlordnung in Kraft treten zu lassen.

Eine Abänderung der deutschen Prüfungsordnung wird demnächst erfolgen. Wie aus ärztlichen Kreisen mitgeteilt wird, dürfte sich in absehbarer Zeit der Bundesrat mit der neuen Prüfungsordnung befassen, die eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Medizin in der ärztlichen Ausbildung herbeiführen wird.

Die Königfrage in Bayern kommt in Auf. Die Nord-Alger. hat heute kürzlich halboffiziell sich zumindern zu einer verfassungsmäßigen Regelung geäußert und erklärt:

Die Notwendigkeit bedarf keiner Begründung weiter, und die Fassung des Gesetzes dürfte vorwiegend eine Angelegenheit rechtskundiger Beurteilung werden.“

Die liberale Landtagsfraktion in Bayern stellt sich ebenfalls weitest auf den Standpunkt der Regierung, und das Zentrum mit seinem Anhang an Konventionen hat sich auch besonnen und stimmt zu, die Reichstagskammer gleichfalls. Wir dürfen also nächstens in Bayern einen neuen König haben und der unheilbare Zustand, daß ein unheilbar Geisteskranker König ist, hört auf.

Amstilles Wahlergebnis. Bei der Reichstagswahl am 23. d. M. im Wahlkreis Oberhess 3 (Reumarkt) wurden von 20 487 Wahlberechtigten 13 398 gültige Stimmen abgegeben; davon erhielten Pfarrer Lederer - Eupburg (Zentrum) 11 772, Bittnermeister Dollinger-Sulzbach (Liberal) 1016, Kaffierer Trummer - Würzburg (Sozialdemokrat) 827, Bauer Johann Bollinger-Dietzenhofen (Zentrum) 64 Stimmen. Jeppeltrief von 1911 Stimmen. Pfarrer Lederer (Zentrum) ist gewählt.

FABRIK-ANSICHT

Salem Aleikum
Salem Gold (Goldmundstück)
Cigaretten

Etwas für Sie!

Preis N^o 3 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pgd. Stück.

Orient-Tabaku Cigaretten-Fabrik
Yenidze, Dresden, Jnh. Hugo Zietz,
Hoflieferant SMD Königs v. Sachsen.

Trusfrei!

Mokura.

Die Beförderungsreform im Reich und in Preußen. Dem Reichstag wird, wie bekannt, in der nächsten Tagung eine Kommission zur Beförderungsreform zugehen, die einigen Besondereklassen eine Gehaltsaufbesserung bringen wird. Gegenwärtig stehen noch Verhandlungen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem preussischen Finanzministerium über den Umfang der Reform, da sie im Reich und in Preußen unterschiedlich eingeführt werden soll. Die Entscheidung wird daher schonfalls schon in den nächsten Wochen fallen, da für die preussische Beförderungsreform die erforderlichen Mittel in den Etat für 1914 eingestellt werden dürften. Der preussische Etat wird aber bekanntlich Anfang Dezember zum Abschluß gebracht, und infolgedessen werden auch bis dahin die Einzelheiten der Beförderungsreform feststehen. Für die Beförderungsreform der Reichsbeamten können die Mittel in den Reichsetat für 1914 noch nicht eingestellt werden, da Dedungsmittel nicht zur Verfügung stehen. — Die Beförderungsreform wird als ein besonderes Gesetz dem Reichstag vorgelegt werden, in dem auch die Vorschläge über die Dedungsmittel enthalten sein werden. Da ja feststeht, daß eine Vorlage zur Beförderung von Beamten eingeklagt wird, liegt die Vermutung nahe, daß die hierdurch gewonnenen Mehreinnahmen für die Beförderungsreform in Frage kommen. Der preussische Etat wird im Beginn des Januar dem Reichstag vorgelegt, infolgedessen dürfte auch die Vorlage über die Beförderungsreform etwa zur gleichen Zeit an den Reichstag gelangen. Von einer Neuordnung der Beförderungsordnung in größerem Umfang kann nicht die Rede sein, weil dazu weder im Reich noch in Preußen Mittel vorhanden wären. Es wird sich lediglich um eine Regelung der Gehaltsbezüge derjenigen Beamtenklassen handeln, deren Entgelt demjenigen der Postassistenten gleich ist. Die Reform ist nur eine Folge der in der letzten Tagung des Reichstages beschlossenen Gehaltsaufbesserung für alle Beamtenklassen der Reichspostverwaltung, die auf Drängen des Reichstages zustande kam, weil er der Ansicht war, daß bei der Beförderungsreform nach Jahre 1909 diese Beamtenklassen im Beförderungsplan nicht richtig eingestuft waren.

Zur Beförderungsfrage der Unterbeamten macht das Reichsstatistikamt der Reichsämter und Arbeiter staatlicher Versuchsanstalten (StB) die Vorschläge, analog der schon einberufenen Sachkommission zur Beratung einer Normalordnung für die Arbeiter der Preussisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft, der erwerbsfähige und leitende Arbeiter aller in Betracht kommenden Arbeiterkategorien angehören, eine Gehaltskommission zur Durcharbeitung und Prüfung der Gehaltsmitteln der Unterbeamten zu berufen. Dieser Kommission hätte nach Ansicht des „Reichsstatistikamts“ anzugehören Vertreter aller Beamtenverbände, Vertreter der Parlamente und Vertreter der Staatsregierung. Die Initiative hätte die Staatsregierung zu ergreifen.

Parteinachrichten.

L. C. Der Parteitag des Brandenburgischen Provinzialverbandes der fortschrittlichen Volkspartei, der Montag in Berlin stattfand, erzielte sich eines außerordentlich zahlreichen Besuchs aus allen Teilen der Provinz. Man beschäftigte sich im wesentlichen mit der Entgegennahme der Berichte über die Reichstags- und Landtagswahlen und mit organisatorischen Fragen. Der erfreuliche Fortschritt der Parteiorganisation wurde allseitig konstatiert. Abg. Kanow hielt einen lebhaft begrüßten Vortrag über die politische Lage. Neu vorgeschlagene Verbandsstrukturen wurden glatt angenommen, im engeren Vorstand des Provinzialverbandes sitzen nach der erfolgten Neuwahl eine Frau und ein Vertreter der Arbeiterschaft.

Eine Ausdehnung der nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg sollte in Berlin einen Entschluß, wonach der Reichstags- und der Landtagsfraktion Danz und Anerkennung für die kräftige Wahrung der nationalen und preussischen Interessen gegenüber dem beherrschenden Nachgeben der Reichsregierung gegen das Volkstum ausgesprochen wird.

Hof- und Personalmeldungen.

Besuch am Kaiserhof. Gestern nachmittags gegen 5 1/2 Uhr sind auf Bahnhof Wilhelmsdamm eingetroffen und haben im Neuen Palais Wohnung genommen die Königin der Belgien, Prinzessin Friedrichin von Hessen, Prinzessin Helene von Griechenland, Prinzessin von Griechenland, Prinzessin Irene von Griechenland und Prinzessin Katharina von Griechenland.

Debensveränderungen. Verleben wurden dem Wirklichen Geheimen Oberarzt Paul Doerner, vortrag. Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, die Königl. Krone zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Geheimen Hofrat Robert Eiser zu Köln die Königl. Krone zum Roten Adlerorden zweiter Klasse.

Ausland.

Spaniens Politik.

Madrid, 28. Oktober.

In einer Unterredung mit dem Grafen Romanones erklärte der neue Ministerpräsident Dato, das neue Kabinett werde in seiner internationalen Politik die von dem früheren Kabinett vorgezeichnete Richtung ohne die geringste Abweichung weiter verfolgen.

Dato erklärte ferner dem Madrider Korrespondenten des „Figaro“ über seine Absicht, die Außenpolitik des Grafen Romanones fortzuführen, u. a. folgendes: Ich lege vor allem Wert darauf, Ihnen sofort zu sagen, daß das neue Ministerium in internationaler Beziehung besonders Frankreich gegenüber dieselbe Richtung der Politik, wie das vorhergehende haben wird, bezüglich deren sich Graf Romanones in einer privaten Unterredung eingehend unterrichtet hat.

Alle meine Kollegen und namentlich der Minister des Äußeren, Marquis de Loma, sind der gleichen Ansicht wie ich, daß wir in der Frage der Außenpolitik keine Parteiregierung, sondern eine nationale Regierung sein müssen, welche das Wort ihrer Vorgänger fortsetzt und den Bestrebungen des Landes Rechnung trägt. Besonders in Maroffs werden unsere Beziehungen mit Frankreich vollständig von dem Geist der jüngst stattgefundenen Unterredung erfüllt sein. Ueber die „rühmlichste“ Haltung Maras erklärte Dato: Ich kann nur sagen, daß ich die Regierung im Einvernehmen mit den betruenen Persönlichkeiten meiner Partei in meiner Eigenschaft als der einzige ehemalige konservative Kammerpräsident übereinmüßig habe.

Das neue spanische Kabinett

Leht sich folgendermaßen zusammen: Vorkitz: Dato, Inneres: Sanchez Guerra, Außenwärtiges: Marquis de Loma, Krieg: Echague, Marine: Angel Miranda, Finanzen: Bugallal, Öffentliche Arbeiten: Radillo, Unterricht: Bergamin, Justiz: Ugarte.

Wilson verurteilt das Moralitätsprinzip.

Präsident Wilson erklärte, das Leitmotiv der Vereinigten Staaten in den Beziehungen zu den amerikanischen Ländern sei das Moralitätsprinzip, nicht das Nützlichkeitsprinzip. Die Vereinigten Staaten erstrecken keinen Fuß breit Landes durch Eroberung.

Saksanow über seine Reise.

In einem in der „Kustjaja Stowa“ veröffentlichten Interview des Ministers des Auswärtigen, Saksanow, heißt es, seine Reise nach Paris und Berlin habe keinen besonderen Charakter getragen, denn konkrete politische Gründe hätten ihn nicht zu der Reise gezwungen. Sein Pariser Meinungsaustausch habe erneut die Harmonie bestätigt, welche die französisch-russischen Beziehungen charakterisiert. Sein Meinungsaustausch mit dem Reichsstatistik Dr. v. Bethmann Hollweg habe die allgemeine Lage Europas und Einzelfragen berührt, und habe ergeben, daß die deutsche Politik ebenso wie die russische die Erhaltung des europäischen Friedens, des Balkanfriedens und des territorialen Statusquo in den afrikanischen Besitzungen der Türkei erstrebe. Insbesondere hätten die Berliner Unterredungen ein volles Uebereinkommen bezüglich der Reformen in Armenien erreicht. Hinsichtlich der Balkanfrage hofft der Minister, daß die Balkanstaaten trotz ihres beharrlichen Zweifels die Bedeutung freundschaftlicher Beziehungen für sich verstehen werden.

Die letzte Ehreng Tschuhoewski.

Ein amtliches Communiqué in Konstantinopel hebt das verdienstvolle Wirken des verstorbenen deutschen Obersten Tschuhoewski hervor, dessen Beilegung am Sonnabend stattgefunden hat. In dem Communiqué heißt es: Der Verstorbene hat eine Anzahl türkischer Artillerieoffiziere ausgebildet, die der Armee in dem letzten Kriege sehr genützt haben. In Anerkennung seiner Verdienste hätte Tschuhoewski gerade am Tage seines Todes zum Brigadegeneral befördert werden sollen. Das Communiqué schließt mit den Worten: Die ottomanische Armee, die die Dienste des Verstorbenen aufschätzen weiß, spricht tiefbewegt seiner Familie ihr Beileid aus.

Asquith über die irische Frage.

In London (Grasshoff Hise) hielt der englische Premierminister Asquith eine Rede, die im wesentlichen die irische Frage zum Gegenstand hatte. Er führte ungefährt aus:

Lord George habe unter herzlichem Beifall seiner Anwesenden die Grundlagen der Andreform dargelegt. Vorher müßten jedoch ausführende Fragen erledigt werden, vor allem die Home-rule-Frage. In der nächsten Tagung wolle er — Asquith — die Parlamentskammer auf die Home-rule-Frage anwenden. Die Regierung werde sich durch die Androhung gewaltsamen Widerstandes nicht beeinflussen lassen. Wenn das Gesetz, nachdem es Reichsrat erlangt habe, bewaffnetem Widerstand begegnen sollte, so werde es die Pflicht der Staatsgewalt sein, durch alle notwendigen entsprechenden Maßregeln dem Gesetz Vorschub zu verschaffen. Aber die einmüßigen aufrichtigen Ueberzeugungen der Ulsterleute müßten berücksichtigt werden. Die beste Lösung der Frage wäre eine Erledigung in gegenseitiger Uebereinstimmung. Eine förmliche Konferenz hätte er für unzumutbar. Aber wenn eine allgemeine Regelung für einen Meinungsaustausch vorhanden wäre, so wäre die Regierung durchaus zur Teilnahme bereit unter der Voraussetzung, daß in Dublin ein irisches Parlament und eine Regierungsgewalt geschaffen und kein dauerndes unüberwindliches Hindernis für die Einheit Irlands errichtet würde.

Der Stahltrupppräsident gegen Wilson.

Der Vorsitzende der Exekutive des Stahltruffs, Richter Garo, hielt gelegentlich der Jahresversammlung des Iron and Steel Institute in Chicago eine programmatische, schon lange angefündete und deshalb mit Spannung erwartete Rede. Einleitend wies er auf die enormen materiellen Fortschritte hin, denen sich das amerikanische Volk erfreuen dürfe, und verglich die amerikanische Entwicklung mit der in Deutschland, England und Frankreich. Dann aber ging er auf die Eingriffe der Regierung über und behauptete, das Geschäftsleben stehe still infolge der unzulässigen Agitation, der schlecht beratenen Kritik und des Uebermaßes an Agitation. Nur zu häufig werde der Erfolg auf kaufmännischem Gebiete als Verbrechen behandelt und dadurch die Aufrechterhaltung ruhiger Geschäftsverhältnisse gestört; das Kapital, das auch in normalen Zeiten

immer ängstlich sei, sei auf das Ernsteste in Mißtrauenshaft gezogen worden durch diese unvernünftige, von niemandem verlangte Agitation. Heute sei es so weit gekommen, daß die Kapitalisten in fähigem Schreden leben und ihr Vertrauen schwinde. Es sei fast unmöglich für die Unternehmer und die Gesellschaft, selbst zu sehr lockenden Bedingungen, gegen gute Sicherheiten und hohe Verzinsung das nötige Geld zu bekommen, um schon bestehende und ausstehende Werke auszufüllen, oder einträglichen liberal mit den nötigen Betriebsmitteln zu versehen. Ganz zu schweigen von Erweiterungen und Neuanlagen, welche hoch von den Interessen eines so großen und wachsenden Landes verlangt würden. Herr Garo schloß mit einer optimistischen Wendung, indem er meinte, die Wölken des Zweifels und des Mißtrauens würden vorbeiziehen, und Amerika würde einem Morgen höchster Billigkeit entgegengehen.

Die Mittelmeerfahrt des amerikanischen Geschwaders. Neun amerikanische Panzerdampfer unter Führung des Konteradmirals Badger sind nach dem Mittelmeerischen Meer abgegangen.

Ein Spion. Das Kgl. Marine-Garnisonverteilte beurteilte den russischen Untertan Jan Kooj wegen Spionage zum Tode durch den Strang. Kooj hatte mit den schon bestrafte Spionen Brauura, Belosch, Berant und anderen für den russischen Generalstab im Bereiche des 13. Armeekorps Spionage getrieben. Wenn die oberen Gerichte Kooj nicht begnadigen, muß das Todesurteil nach im Oktober vollstreckt werden.

Tags-Programm.
— Nachdruck verboten. —

- 28. Oktober. Stadttheater: ab 7 1/2 Uhr „Der Troubadour“.
- Waldtheater: ab 8 Uhr „Die Kirschen“.
- Stadtheater: ab 8 1/2 Uhr „Die letzten Tage von Pompeji“.
- Balltheater: Kinematographische Vorführungen.
- Café Roland: ab 8 1/2 Uhr (2 Kapellen).
- Edingens Soli: „Wetter“, „Klein“, „Klein“, „Klein“.
- Salomon: „Kunstreier“, „Salomon“, 2. Gemälde-Ausstellung (Otto Fischer-Lambert): täglich geöffnet von 11 bis 5 Uhr.
- Polische Pflanzengesellschaft, Politischeische 23: Täglich.
- Polizeistille auf einem Mittelbühnenbühne.
- Konkordia: abends 8 Uhr Richard Wagner-Sunderbühnenleiter unter Mitwirkung der Herzogin, Kapellen aus Tall unter Leitung des Personal-Generaldirektors Franz Witten.
- Neumarkts-Schützenhaus: Rabat-Sporeverein, ab 1/2 Uhr öffentl. Vortrag über Entschleunigung und.
- 29. Oktober. Stadttheater: ab 7 1/2 Uhr „Carmen“.
- Saaltheater: abends 8 Uhr ar. Streichorchester (36er).
- Neumarkts-Schützenhaus: abends 8 Uhr „König der Könige“ unter Mitwirkung des Konserthaus Herrn Erich Angsbach.
- Seidenart: Nachm. 1/2 Uhr „Elio-Konert“ (25 Klavier).
- Bergstraße: nachm. 4 Uhr „Kunstreier“.
- Siedel Komplex, Kl. Auguststr. 16: von 10-7 Uhr Basar des Frauenvereins der Johannesgemeinde für Armen- u. Krankenunterstützung (C. W.).
- 30. Oktober. Konserthaus: ab 8 Uhr Uebereinander von Tiele, Iott und Konrad Berner (Pieper zur Raute).
- Stadtheater: „Ernte Schätze“.
- 31. Oktober. Neumarkts-Schützenhaus: abends 8 1/2 Uhr Lustige Abend von Otto Witz.
- Stadtheater: „Kammerlöh“.
- 1. November. Stadttheater: „Trafalgar“.
- Thaliahallen: ab 8 1/2 Uhr ar. Konserthaus des Lehrerselangsvereins.
- 2. November. Lage zu den drei Begegnen: ab 8 Uhr I. Kammermusik-Abend.
- Neumarkts-Schützenhaus: ab 8 Uhr Klavierabend von Jachsa Selmanowitsch.
- 4. November. Mozartsaal: nachm. 5-8 Uhr Vorlesungen zum Festen des Heims für Frauen und Mädchen. Ref.: Vorkursdirektor Dr. Schöne. Thema: „Umgeben von Liebe in der Vorkurs“ (mit Klavier).
- Neumarkts-Schützenhaus: abends 8 Uhr Wohltätigkeitsveranstaltung zum Festen des Hauptlehrs-Bereichs des Deutschen Evangelischen Frauenbundes.
- 5. November. Neumarkts-Schützenhaus: ab 1/2 Uhr Kollage-Fest zum Gedächtnis des 70. Geburtstages des Volksbilders, veranstaltet vom Allgemeinen deutschen Sprachverein.
- 5. u. 6. November. Evangelisches Vereinshaus (Hotel Kronprinz): von 10-6 Uhr 4. Basar der Frauenmissionvereine: Neumarkts- und Glaucha zum Festen der Spendenmission in Afrika und China.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dage; für den kritischen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerlach, Sandel; Eugen Brinmann; für Berlin, Vermischtes usw.: Martin Buschmann; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Sengel. Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

REVUE

mit seidenen Sammel-Wappenbildern

CIGARETTEN



Verkaufsbureau Halle, Doltzschersstrasse 3.

BEHN MANNHEIM

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19131028023/fragment/page=0003

DFG

